

# Ein Finanzplatz aus der zweiten Liga

Panama ist weder London noch die Schweiz

Der Bankenplatz des Landes unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von den grossen Finanzzentren der Welt. Das zeigt sich auch an der Präsenz der Schweizer Banken.

DANIEL IMWINKELRIED

Panama ist zwar eine Grossmacht, wenn es um das Aufsetzen von Offshore-Gesellschaften geht, als Finanzplatz spielt das Land im Konzert der Grossen aber nicht mit. Die Schweiz, London, New York, Singapur und Hongkong haben in der Vermögensverwaltung eine viel stärkere Ausstrahlung als der zentralamerikanische Staat. Das Angebot ist in diesen traditionsreichen Finanzzentren um einiges vielfältiger und die Zahl der Banken höher. Bezeichnenderweise hat es nie einen Run ausländischer Finanzinstitute nach Panama gegeben, wie er beispielsweise jüngst nach Singapur stattgefunden hat.

## Ein Hub für Lateinamerikaner

Ein guter Massstab für die zweitrangige Stellung Panamas ist die Präsenz von Schweizer Instituten, die überall dort gut vertreten sind, wo die Vermögensverwaltung Potenzial aufweist. Mit der UBS, der Credit Suisse, Julius Bär, Lombard Odier, BSI und PKB Privatbank sind bloss sechs bedeutende Schweizer Banken im Land aktiv, wobei nur die beiden letztgenannten in Panama auch Vermögenswerte von Kunden buchen. Die anderen Institute haben im Land zwar Beraterteams, die Vermögen der Kunden befinden sich aber in sogenannten Buchungszentren anderswo, beispielsweise in Zürich, London oder Singapur.

Was bewegt einen Vermögensverwalter dazu, in Panama Präsenz zu markieren? Ein geschäftlich mit dem Land verbundener Finanzspezialist in Zürich sagt, das Land diene auch als Hub, um wohlhabende lateinamerikanische Kunden anzusprechen. In Argentinien, Chile oder Kolumbien gebe es Privatpersonen, die einen Teil ihres Vermögens ausserhalb ihres Landes anlegen möchten,

um sich so gegen politische und juristische Unwägbarkeiten abzusichern. Der Reiz von Panama bestehe dabei in der geringen Zeitverschiebung zu den lateinamerikanischen Metropolen.

## Lavieren beim Datenaustausch

Lange stand Panama auch im Ruf, dass man bei dort ansässigen Banken Vermögen vor den Steuerbehörden verstecken könne. Dieser Trumpf sticht heute wahrscheinlich nicht mehr im selben Ausmass. Zumindest europäische Banken würden jedenfalls fahrlässig handeln, wenn die Entgegennahme von Schwarzgeld noch Teil des Services wäre. Amerikanische Banken sind in dieser Frage gemäss den Angaben des Zürcher Finanzexperten weniger zurückhaltend. Ihre Mitarbeiter offerierten lateinamerikanischen Anlegern Konten in den USA, und sie könnten dabei mit dem Argument werben, der grosse Bruder im Norden werde beim Automatischen Informationsaustausch (AIA) ein Sonderzüglein fahren.

Wie es die Regierung Panamas mit dem AIA hält, ist undurchsichtig. Noch immer scheint sie zu lavieren. Im vergangenen Herbst hiess es bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Panama habe sich zum Datenaustausch bekannt, zur NZZ sagte der Steuerchef der OECD dagegen, er sehe im Land noch keinen Gesinnungswandel. Nach den neuesten Publikationen zum heimischen Geschäft mit Offshore-Firmen wird es sich aber kaum mehr gegen den AIA stemmen können, zumal ihn mittlerweile 96 Staaten einführen wollen.

Lateinamerikanische Kunden, die ihr Geld in Panama parkiert haben, dürfte das mit Sorge erfüllen. Zum einen würden sie ihre Vermögen zwar gerne legalisieren. Sogenannte Offenlegungsprogramme (Voluntary Disclosure) laufen allerdings laut einer Spezialistin der Beratungsfirma KPMG nur in Brasilien und Mexiko. Zum anderen fürchten viele lateinamerikanische Anleger wohl zu Recht, dass mit den automatisch ausgetauschten Daten Unfug getrieben wird, diese beispielsweise Erpresser und Entführer auf den Plan locken könnten.

## «Untergeordnete Rolle»

Schweizer Anwälte halfen beim Aufbau von Strukturen

Auch Schweizer Anwaltskanzleien tauchen in den Panama-Papieren auf. Grundsätzlich gelten für sie sehr strenge Regeln.

Z. B. · Der russische Cellist Sergei Roldugin, ein enger Freund Putins, hat seit einigen Jahren ein Konto in Zürich bei der Schweizer Filiale der Gazprombank. Ein Geschäftspartner von Roldugin soll gemäss den Panama-Papieren Zugriff auf diese Konten gehabt und über seine Offshore-Firmen zwei Milliarden Dollar verschoben haben. Gegründet wurden diese Firmen von der russischen Bank Rossija, deren Spitze auch «Putins Kassier» genannt wird. Die Kontoeröffnung und weitere Verträge seien an die Zürcher Anwaltskanzlei Dietrich Baumgartner & Partner weitergeleitet worden, die diese anschliessend der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca schickte.

Die genannte Zürcher Kanzlei ist, wie andere genannte Kanzleien, der Selbstregulierungsorganisation (SRO) des Schweizerischen Anwaltsverbandes und des Schweizerischen Notarenverbandes im Bereich der Geldwäscherei angeschlossen. SRO-Präsident Peter Lutz nimmt keine Stellung zu den einzelnen Fällen, betont aber, dass entsprechende Prüfungen im Gange seien. Nach einer «ersten Sichtung» gehe er aber davon aus, dass die Rolle der

Schweizer Anwälte bei den konkreten Vorfällen «über alles gesehen eher untergeordnet ist». Die Regeln für Schweizer Anwälte sind gemäss Lutz umfassender und erlauben eine effizientere Beaufsichtigung als in anderen Ländern. Konkret müssen Anwälte bei Erstellung und Betrieb von Offshore-Vehikeln alle Schweizer Gesetze und alle Gesetze des von der Struktur betroffenen Landes einhalten. Verboten sind Strukturen, welche die Ermittlung der Herkunft sowie die Auffindung oder die Einbeziehung von Vermögenswerten vereiteln könnten, die aus einem Verbrechen herrühren.

Grundsätzlich muss ein Anwalt stets die Identität der Vertragspartei klären und den wirtschaftlich Berechtigten hinter der Struktur feststellen. Zudem muss er die Herkunft der Vermögenswerte abklären. Dies geschieht, wenn er berufsmässig fremde Gelder entgegennimmt, aber auch, wenn er im Auftrag einer Bank für einen Kunden handelt. Kann er das nicht sauber abklären, muss er das Mandat ablehnen oder im Falle von Verdacht auf Geldwäscherei eine Meldung machen. Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Politikern oder nahestehenden Personen (PEP) gelten als Beziehung mit erhöhtem Risiko. Diese Dossiers müssen so gekennzeichnet sein. Der wirtschaftliche Hintergrund und Zweck der Struktur muss vom Anwalt detaillierter abgeklärt werden als bei anderen Kunden, so Lutz.



Eine Grossmacht im Aufsetzen von Offshore-Gesellschaften, als Finanzplatz weniger wichtig: Panama-Stadt im Abendlicht.

# «Banker müssen Geschichten

Geldwäscherei-Experte David Zollinger gibt zu bedenken, dass die Regulierungsflut die

Herr Zollinger, scheinen Ihnen die Recherchen zu den Panama-Papieren seriös?

Ich habe den Eindruck, dass die ganzen Recherchen fundiert mit Akten unterlegt sind. Treffen die Behauptungen der Autoren zu, wären die Papiere ein Zeichen dafür, dass wir uns bisher auf ein System verlassen haben, das man verhältnismässig einfach umgehen kann. Das wäre ein beunruhigendes Zeichen.

Wen meinen Sie mit «wir»?

Alle, die sich mit den Fragen der Compliance im Bankgeschäft befassen. Das sind die Anwender, die Regulatoren, die Banken und die Finanzintermediäre. Seit 1998, damals wurde in der Schweiz das Geldwäschereigesetz erlassen, wurden die Regeln konstant verschärft. Trotz mehr Regulierung sind jetzt aber solche Fälle möglich, die Panama-Papiere zeigen ja relativ aktuelle Fälle.

In den Papieren ist wiederholt von sogenannten politisch exponierten Personen (PEP) die Rede, die strengerer Geldwäschereiregeln unterliegen.

Offenbar haben die beteiligten Banken und Berater nicht zur Kenntnis genommen, wer genau diese Kunden waren oder wem eine Person nahesteht. Die häufigste Vortat zur Geldwäscherei ist heute nicht mehr die organisierte Kriminalität, die noch in den achtziger Jahren im Fokus stand, als die Grundzüge für das Geldwäschereigesetz gelegt wurden. Im Vordergrund stehen heute, soweit sie bekanntwerden, Vermögensdelikte wie Betrug und Korruption. Das sind die Themen, die heute für einen Finanzintermediär im Fokus der Kundenabklärung stehen müssen.

Allerdings kennen doch gerade Schweizer Banken ihre Kunden sehr gut?

Tatsächlich legen die Schweizer Banken seit dem Chiasso-Skandal 1977 grossen

Wert sowohl auf die Identität eines Kunden als auch auf den wirtschaftlich Berechtigten hinter einer Vermögensverwaltungsstruktur. Nur, das habe ich als Staatsanwalt oft gesehen, schon mit einem gefälschten Pass kann ein Bankkunde sämtliche Sicherheitsmassnahmen unterlaufen. Ein Banker ist kein Passspezialist.

Gemäss den Panama-Papieren gibt es klare Anzeichen dafür, dass Gesetze verletzt worden sind.

Ohne genaue Aktenkenntnis kann man sich dazu nicht seriös äussern. Aber in Bezug auf Russland kann man immerhin sagen: Das russische Recht setzt bei vielen Dingen enge Grenzen und Verbote. Das muss jeder Schweizer Anwalt und jede Schweizer Bank wissen, die mit russischen Kunden zu tun hat. Und natürlich wissen es auch die russischen Kunden selber. Es gibt da eine Redensart, die nicht ganz falsch ist, die lautet: Egal, was ein Russe tut, er steht immer mit einem Fuss im Gefängnis. Gerade im Bankbereich ist russischen Bürgern sehr vieles verboten, beispielsweise dürfen russische Politiker seit einigen Jahren keine Auslandskonten mehr eröffnen.

Wie stufen Sie den Fall der Gazprombank in der Schweiz ein?

Wie gesagt müsste man hierzu die Akten studieren. Anhand der Berichte entsteht aber schon der Eindruck, dass die involvierten Banker und Berater aufgrund der Umstände rund um russische Kunden hätten wissen müssen, mit wem sie es zu tun haben. Angesichts der exemplarisch genannten Einzelfälle muss man sich auch in der Schweiz fragen, wie viele solche Fälle es noch gibt, die man heute noch nicht kennt. Was man auch nicht vergessen sollte: Neuere Gerichtsentscheide zeigen, dass es immer wieder zu Verurteilungen wegen Geldwäscherei kommt, wenn man als Finanzinter-

mediär hätte handeln müssen, dies aber unterlassen hat.

Die Panama-Papiere sind jetzt aber kein Fall Schweiz?

Nein, definitiv nicht. Der Fall betrifft Gesamteuropa und zieht auch weltweite Kreise. Die Kanzlei in Panama ist ja weltweit tätig, es wurden offenbar auch Daten von 240 US-Kunden gefunden.

In den Panama-Papieren existieren auch einige Verbindungen in die Schweiz. Kennen unsere Banker und Treuhänder die Regeln nicht?



«Egal, was ein Russe tut, er steht immer mit einem Fuss im Gefängnis.»

David Zollinger  
Geldwäscherei-Experte

Doch. Banken und Finanzintermediäre, die ausländische Kunden betreuen, müssen die dortigen Regeln und Verhältnisse kennen. Ich sehe aber öfters, dass die Generation, die schon lange im Vermögensverwaltungsgeschäft tätig ist, sich häufiger schwer damit tut, dass sich gewisse Dinge geändert haben.

Für hiesige Akteure ist es doch äusserst schwierig zu erkennen, welcher Kunde problematisch sein oder werden könnte? Einerseits werden heute auch in der Schweiz die Grenzen immer enger gezogen. Vertreter von internationalen Organisationen, Sportverbänden wie der Fifa und neben den Bundesräten neu auch die Parlamentarier sind heute PEP. Andererseits ist das Hauptproblem regelmässig nicht das Erkennen der PEP-Eigenschaft des Kunden, sondern



ARNULFO FRANCO / AP

## Poroschenkos zu grosses Versprechen

Die Panama-Papiere belasten den ukrainischen Präsidenten vor allem politisch

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko wird Opfer seiner vollmundigen Wahlversprechen. Er hat sich politisch unklug verhalten, der Vorwurf der Steuerflucht jedoch lässt sich bis jetzt nicht erhärten.

CHRISTIAN WEISFLOG

Die ersten Recherchen zu den Panama-Papieren haben den ukrainischen Präsidenten in ein schiefes Licht gestellt. Die Dokumente belegen, dass Petro Poroschenko zwischen August und Dezember 2014 je eine Offshore-Firma auf den British Virgin Islands, auf Zypern und in den Niederlanden gegründet hat. Ukrainische Journalisten warfen dem Präsidenten vor, sich dieses «Finanzkonstrukt» ausgedacht zu haben, um Steuerzahlungen zu vermeiden. Um Poroschenkos moralische Verkommenheit zu unterstreichen, verknüpften sie die Geschichte mit dem Krieg in der Ostukraine: «Während Patrioten für ihr Land sterben, kümmert sich der Präsident um sein eigenes Wohl», so der Tenor. Nüchtern betrachtet, erscheinen die Beschuldigungen jedoch übertrieben und zu wenig belegt.

### Wortbruch mit guten Gründen

Poroschenko hat vor allem einen grossen Fehler gemacht. Im Wahlkampf vor zwei Jahren versprach er den Bürgern, dass er bei einem Wahlsieg seine Unternehmen verkaufen und nur dem Wohl des Landes dienen werde. Dieses Versprechen löste er danach jedoch nicht ein. Für diesen Wortbruch hat Poroschenko durchaus gute Gründe: Der Krieg liess die ukrai-

sche Wirtschaft stark schrumpfen, niemand hat Geld für grosse Investitionen, und ausländische Käufer fürchten das Risiko. Nestlé solle 1 Milliarde Dollar für Poroschenkos Schokoladekonzerne Roschen geboten haben, berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg vor einem Jahr. Die Firma sei jedoch geschätzte 3 Milliarden wert gewesen.

Ein Verkauf unter Wert seines selbst aufgebauten Unternehmens wollte Poroschenko offenbar nicht akzeptieren. Er scheint nicht bereit zu sein, jeden Preis für die Einlösung seines Wahlversprechens zu bezahlen. Deshalb lancierte er die Idee eines «blind trust», um seinen Interessenkonflikt zu beheben. Am 14. Januar verkündete Poroschenko, er habe einen Vertrag zur Gründung eines unabhängigen Trusts unterschrieben und keine Kontrolle mehr über seine Unternehmensanteile. Zuständig für die Verwaltung des Trusts ist die Bank Rothschild in Zürich, die zuvor bereits mit dem Verkauf von Poroschenkos Unternehmensanteilen beauftragt worden war.

In einem Brief an das Recherchenetzwerk OCCRP (Organized Crime and Corruption Reporting Project) teilte Poroschenkos Finanzberater Pasenjuk am 22. März jedoch mit, dass die Bedingungen des Trusts zwar vereinbart seien, aber noch keine Vermögenswerte transferiert worden seien. Die ukrainischen Journalisten folgerten daraus, dass es noch gar keinen Trust gibt und die Offshore-Firmen vor allem zur Steueroptimierung geschaffen worden waren. Am Montag jedoch widersprach Pasenjuk seinem Brief: «Der Vertrag ist unterschrieben, und die Roschen-Werte wurden übertragen.» Eine der Vertragsparteien sei Poroschenkos Offshore-Firma auf den British Virgin Islands, Prime

Asset Partners Limited. Der ukrainische Staat habe genügend gesetzliche Mittel, um die notwendigen Finanzinformationen von dem britischen Überseegebiet zu erhalten, erklärte zudem ein Rechtsberater Poroschenkos.

### Offshore für Rechtssicherheit

Die ukrainische Journalistin Anna Babynets, die an den Recherchen beteiligt war, bleibt trotzdem skeptisch: «Wir wissen nicht, ob es den Trust wirklich gibt, noch hat niemand den Vertrag gesehen», sagt sie im Gespräch. Ob Poroschenko bereit ist, ihn offenzulegen, ist fraglich. Erst dann kann Gewissheit herrschen über die tatsächliche Unabhängigkeit des Treuhand-Konstrukts. In der Regel seien die Trusts von Leuten aus Emerging Markets nur auf dem Papier unabhängig, sagt ein Kenner des ukrainischen Wirtschaftssystems. «Für diese Personen ist es ein grosser Schritt, die Kontrolle abzugeben.» Denn noch immer bauen Geschäftsbeziehungen in den ehemals kommunistischen Gesellschaften nicht auf Vertrauen, sondern auf Macht. Man müsste deshalb genau wissen, wen Poroschenko als Verwalter und als Protector des Trusts eingesetzt hat: Sind es unabhängige Personen oder doch Vertraute oder gar Firmen, die wiederum Poroschenko gehören?

Bezeichnenderweise ist die Laufzeit des Trusts an Poroschenkos präsidentiale Amtszeit geknüpft. Noch ein Hinweis dafür, dass er sich nur ungern von seinem Wirtschaftsimperium trennt. Steuerliche Motive aber dürften kaum eine Rolle spielen. Fast alle ukrainischen Unternehmen wickeln ihre Verkäufe und Übernahmen offshore ab. Nicht wegen steuerlicher Vorteile, sondern aufgrund der korrupten ukrainischen Gerichte.

## hinterfragen»

Urteilsfähigkeit der Banker zunehmend negativ beeinflusst

die Herkunft der Gelder. Also ob das Geld, das dieser Kunde bringt, zur erzählten Geschichte passt. Das ist eine herausfordernde Situation für die Involvierten. Doch es gibt heute Hilfsmittel, etwa Datenbanken mit Namenlisten.

*Hiesige Banken und Anwälte erklären, alle nötigen Vorgaben zu erfüllen.*

Tatsächlich sind die Regulierungen immer strenger, und es gibt immer mehr Formulare. Doch die Regeln alleine reichen nicht, sie müssen auch angewandt werden. Das reine Abhaken von Punkten bringt aber eben keine absolute Sicherheit. Wichtiger schiene mir, dass die Banker wieder mehr persönliche Verantwortung übernehmen und im Gegenzug die Vorschriften gestrafft werden. Banker müssen wieder lernen, diese Geschichten zu hinterfragen, also ob die vom Kunden geschilderte Herkunft seines Vermögens wirklich plausibel ist.

*Wird der Banker nun zum Detektiv?*

Nein, aber die Banken müssen sich bewusst werden, dass die heute übliche

Verbürokratisierung letztlich nicht die Probleme des Alltags löst. Bei der Kundenbetreuung müsste wieder die persönliche Entscheidung des Bankers von der Front, von dessen Chef und den Vorgesetzten den Ausschlag geben. Der Regulator erwartet ja nicht von einem Banker, dass er ein Hellsheer ist. Es wird nur von ihm erwartet, dass er seinen Job richtig macht. Merkt dann ein Banker, dass der Kunde lügt, so muss er reagieren.

*Merkt denn ein Banker, ob sein Kunde die Wahrheit sagt oder nicht?*

Der Banker weiss heute oft genau, dass sein Kunde im Umfeld einer bestimmten Regierung oder eines Systems agiert und dass hier möglicherweise ein Problem entstehen könnte. Die Haltung der Bank ist aber hier oft, dass es kein Problem ist, solange das Land selber dem Kunden keine Probleme bereitet. Und dann wird nicht gehandelt.

*Schweizer Banken sollen also einen Kunden vor die Tür stellen, wenn nur der Hauch eines künftig möglicherweise problematischen Mandats besteht?*

Wir müssen einfach ehrlich sein und sagen, dass wir mit Weissgeld nicht in erster Linie versteuertes Geld meinen, sondern Geld, bei dem unser Land keine politischen Probleme mit einem anderen Land bekommt. Die Schweiz muss sich hier einfach bewusst werden, was genau sie tut.

*Ziehen Sie diese Erkenntnisse auch aus Ihren Erfahrungen bei der Bank Wegelin, wo Sie als Partner im US-Steuerstreit mit solchen Fragen konfrontiert waren?*

Über die damaligen Vorgänge kann ich nichts sagen, aber die Zeit war eine gute Vorbereitung für meine heutige Tätigkeit als Berater.

Interview: Zoé Baches, Natalie Gratwohl

## Der Finanzplatz Panama am Pranger

Noch unklare US-Dimension der Enthüllungen rund um die Panama-Papiere

Die vielen von der Kanzlei Mossack Fonseca aufgesetzten Strohfirmen werfen ein schales Licht auf Panama. Es scheint aber, dass der Kanalstaat auch ganz gut ohne dubiose Geschäfte auskommen würde.

MARTIN LANZ, WASHINGTON

Die Zahlen sind zweifellos eindrücklich: Über einen Zeitraum von fast 40 Jahren soll die in Panama ansässige Anwaltskanzlei Mossack Fonseca (MF) rund 215 000 anonyme Gesellschaften in 21 Rechtsräumen für über 14 000 Kunden aufgesetzt haben. Mehr als die Hälfte dieser Gesellschaften entstanden auf den Britischen Jungferninseln, fast 50 000 in Panama. Ganz offensichtlich war das für die Kanzlei ein einträgliches Geschäft, und der Rechtsraum Panama hat dabei eine zentrale Rolle gespielt.

### Florierende Wirtschaft

Umgekehrt aus den Panama-Papieren zu schliessen, dass das Geschäft Mossack Fonsecas mit anonymen Gesellschaften für den Kanalstaat mit seinen rund 3,5 Millionen Einwohnern von systemischer Bedeutung war, ist aber heikel. Zwar ist Panama ein regional bedeutender Finanzplatz, und die Finanzdienstleistungen tragen etwa 8 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. Weit wichtiger sind aber für das Land die Transport- und Kommunikationsdienstleistungen sowie der Handel und die Gastwirtschaft. Die dienstleistungsorientierte Wirtschaft floriert nicht zuletzt dank einer Reihe wichtiger Infrastrukturprojekte. Zwischen 2007 und 2014 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate 8,7 Prozent, was Panama zu einer der weltweit wachstumsstärksten Volkswirtschaften macht.

Als Folge ist die Wirtschaftsleistung jüngst auf respektable 12 000 Dollar pro Kopf angestiegen, und die Arbeitslosig-

keit ist niedrig. Die Informationen über die Aktivitäten der Kanzlei legen zudem nahe, dass das MF-Geschäftsmodell ein Auslaufmodell ist. Seit 2005 ist die Zahl der von MF neu gegründeten anonymen Gesellschaften rückläufig, und gerade die Verwendung von Vehikeln, die via Inhaberaktien kontrolliert werden, ist praktisch zum Erliegen gekommen.

Wohlgemerkt: Die Panama-Papiere geben nur Aufschluss über die Aktivitäten einer einzigen Kanzlei. Es ist nicht auszuschliessen, dass andere Firmen Mossack Fonseca verdrängt haben und in die Bresche gesprungen sind. Laut Financial-Secrecy-Index sind in Panama über 350 000 anonyme internationale Gesellschaften registriert, am drittmeisten hinter Hongkong und den Britischen Jungferninseln. Falls diese Zahl zutrifft, wäre MF nur die Spitze des Eisbergs.

Um abzuschätzen, wie wichtig das Geschäft mit den Offshore-Strukturen für Panama ist, müsste man wissen, ob und in welchem Umfang Vermögenswerte via solche Vehikel in Panama angelegt werden. Die bisherigen Auswertungen der Panama-Papiere geben aber weder Aufschluss darüber, wie wichtig Panama als internationales Vermögensverwaltungszentrum ist, noch über die Motive für die Verwendung der anonymen Gesellschaften. Es scheint deshalb unfair, alleine aufgrund des Datenlecks bei einer Kanzlei den Finanzplatz Panama an den Pranger zu stellen.

Bestehende Schätzungen sprechen Panama in der Offshore-Vermögensverwaltung durchaus eine Rolle zu: Die Boston Consulting Group (BCG) etwa geht davon aus, dass 2014 in der Karibik und in Panama 1,4 Billionen Dollar an Vermögenswerten gebucht waren, wobei mit 1,3 Billionen Dollar der Grossteil aus Übersee stammte. Der Anteil dieser Region am weltweiten Offshore-Geschäft wird auf 12 Prozent (Schweiz: 25 Prozent) beziffert, und mehr als ein Drittel davon wird auf Kunden aus Nordamerika zurückgeführt. Es ist also damit zu rechnen, dass die Panama-Papiere auch

Geschäftsbeziehungen zwischen MF und nordamerikanischen Kunden offenbaren. Allerdings sind US-Gliedstaaten wie Delaware, Nevada und Wyoming sehr konkurrenzfähig, was das Aufsetzen anonymen Gesellschaften angeht. Es ist deshalb fraglich, ob amerikanische Kunden den Umweg über Panama in Kauf nehmen, um Vermögenswerte zu verstecken.

### Vielfältige US-Interessen

Laut US-Medien zeigen die Panama-Dokumente, dass 3500 Personen, die Anteile an von Mossack Fonseca aufgesetzten Gesellschaften hielten, über eine Adresse in den USA verfügten. Das bedeutet aber nicht, dass es sich dabei um US-Bürger oder US-Steuerpflichtige handelt. Offenbar sind auch Kopien von 200 amerikanischen Pässen in den Daten aufgetaucht. Dabei soll es sich aber vor allem um Pensionierte handeln, die in Lateinamerika Immobilien erworben haben. Darüber hinaus scheint es auch Verbindungen zwischen 3100 MF-Gesellschaften und in den USA domizilierten Offshore-Dienstleistern zu geben.

Die US-Behörden prüfen derzeit die Dokumente. Das Justizdepartement interessiert sich etwa für Hinweise auf Korruptionspraktiken, die in den USA strafrechtlich verfolgt werden könnten, beispielsweise unter dem «Foreign Corrupt Practices Act». Das Finanzministerium dagegen hält ein Auge auf allfällige Verletzungen von US-Sanktionsbestimmungen. Offenbar zeigen die Panama-Dokumente, dass Mossack Fonseca mit über zwei Dutzend Firmen zusammengearbeitet hat, die über die Zeit auch auf schwarzen Listen der USA standen.

Nicht so sehr im Vordergrund scheint dagegen die Verfolgung von US-Steuerhinterziehern zu stehen. Einerseits sind diesbezüglichen Bemühungen Washingtons seit Jahren intensiv. Andererseits dürften die Informationen über Verdächtige dank bilateralen Abkommen über den Informationsaustausch in Steuerfragen bereits fliessen.

## Experte für Geldwäscherei

ng. · David Zollinger leitete bis 2007 den Bereich Rechtshilfe und Geldwäschereiverfahren bei der Zürcher Staatsanwaltschaft. Danach war er als Geschäftsleitungsmitglied bei der Bank Wegelin tätig. 2013 gründete er die Beratungsfirma Phos4house, die sich auf Unternehmenssicherheit, Krisenmanagement, Verhandlungsführung und Ermittlungen spezialisiert hat. Seit 2011 ist Zollinger Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft. Er gilt als ausgewiesener Geldwäscherei-Experte.